

Vorlage für die Sitzung des Bildungsausschusses am 09. Januar 2014

Änderungsantrag

der Fraktion der Piraten

zur Drucksache 18/1281, Antrag der Fraktion der CDU

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage des Berichts Drs. 18/1214, „Aktionsplan Politische Jugendbildung“,

a) durchzusetzen, dass allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Wohnort, Zugang zu politischer Jugendbildung in Kindertagesstätten, Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen ermöglicht wird. Formen der Bürgerbeteiligung müssen obligatorisch Gegenstand politischer Jugendbildung werden.

b) in den Bereichen Lehrplanarbeit und Bildungsstandards dafür Sorge zu tragen, dass politische Bildung als unverzichtbares Element verbindlich Einzug in den Unterricht und Schul- bzw. Kindertagesstättenalltag aller Kinder findet. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Demokratieförderung und politische Teilhabe verbindlich Bestandteil des Unterrichts und altersgemäß in den Curricula festgeschrieben werden.

Zur Politischen Jugendbildung in der Schule gehören in Zeiten von Wahlen ausdrücklich eine Demokratie- und Partizipationsoffensive sowie bewährte Projekte mit Probewahlen, Workshops und Planspielen sowie eine fundierte Wahlnachbetrach-

tung.

c) die außerschulische Jugendarbeit im Hinblick auf ihren politischen Bildungsauftrag zu stärken und Vernetzungsanstrengungen voranzutreiben. Das Land steht in der Pflicht, diese außerschulischen Bildungsangebote bedarfsgerecht zu unterstützen. Dazu sind mit dem Landesjugendring und der Landeszentrale für politische Bildung Zielvereinbarungen zu schließen. Landesjugendring und Landeszentrale für Politische Bildung sollen im Rahmen von Netzwerkarbeit gute Projekte und Aktionen von lokalen Akteuren und Bündnissen sowie anderen Trägern politischer Bildungsarbeit ausdrücklich mit einbinden können.

Sven Krumbeck, MdL
und die Fraktion der Piraten